

75 Jahre Demokratie – Ein Grund zu feiern

Ulm begeht das Jubiläum der ersten freien Gemeinderatswahl nach dem Zweiten Weltkrieg

Von Veronika Lintner

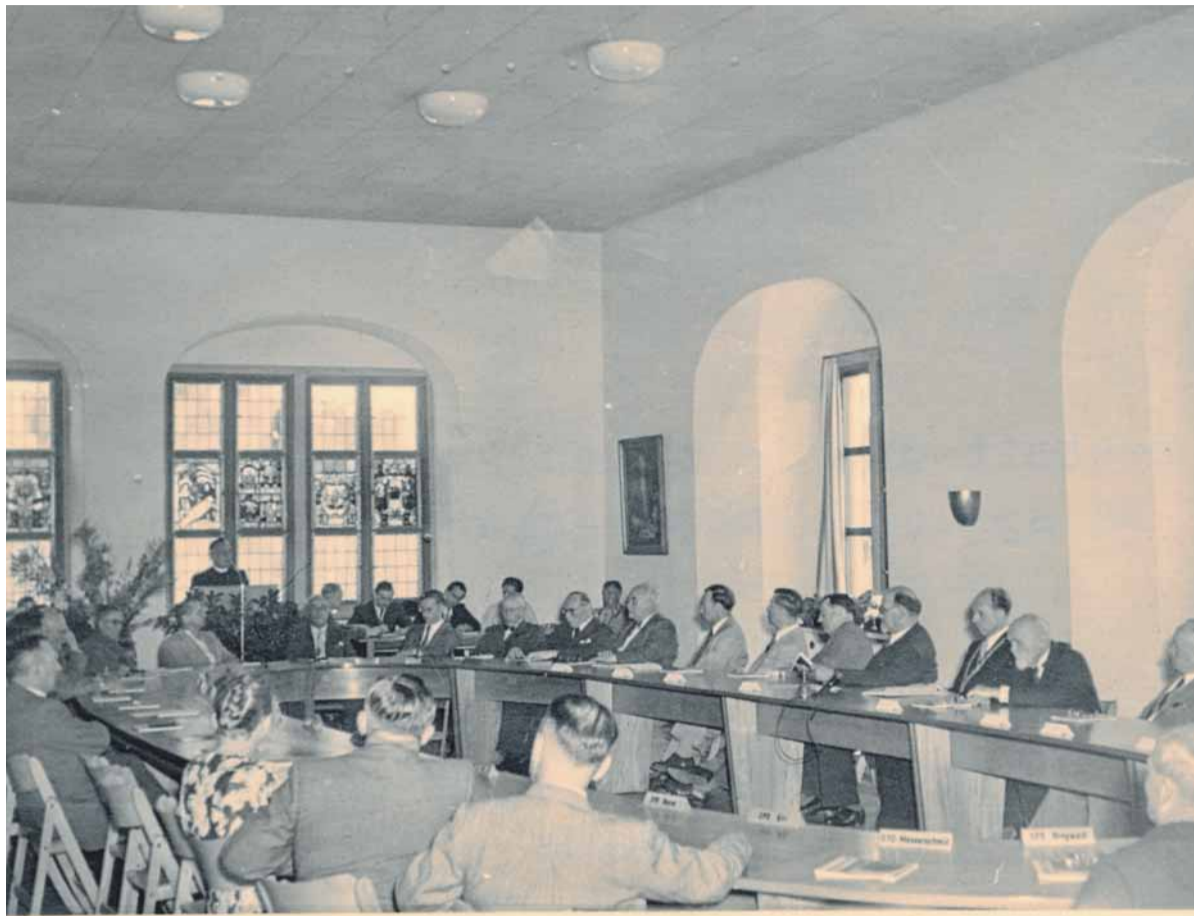
ULM - Dieses Jubiläum soll ein Fest werden, Mut und Laune machen und begeistern für Demokratie. Aber Ulms Kulturbürgermeisterin macht auch den Ernst des Themas deutlich: „Wir erleben, dass die demokratischen Systeme heute sehr unter Druck stehen“, sagte Iris Mann bei der Präsentation des Festprogramms „75 Jahre Demokratie in Ulm“. Als Beispiel nennt sie die Unruhen um das amerikanische Kapitol vom 6. Januar, aber: „Da müssen wir nicht nur über den Großen Teich blicken.“ Der Druck wachse, von innen wie von außen, von Verschwörungstheoretikern bis Autokraten. Gerade deshalb werde Ulm 2021 die Demokratie lebendig feiern.

Rückblick: Die konstituierende Sitzung des Ulmer Gemeinderats traf sich am 6. Juli 1946. Ein Festakt, kurz nach der ersten freien, demokratischen Wahl seit dem Grauen des Nationalsozialismus. 75 Jahre später möchte die Stadt dazu ein Themenjahr gestalten, mit vielen Akteuren und Institutionen aus dem Stadtleben. Die Botschaft an alle: „Zuhören, mitreden, gestalten“ für Demokratie. Iris Mann und das Kulturbüro der Stadt versprechen ein Programm mit einer „Vielfalt der Blickwinkel“.

Demokratie bedeutet Teilhabe, das ist auch die Leitlinie des Programms. Die Kulturabteilung der Stadt hat dazu eine Projektförderung ausgeschrieben für Demokratie-Aktionen zum Themenjahr. Das Ergebnis: zahlreiche Ideen. Die



Demokratie aus Schutt und Asche. Ulm, kurz nach dem Krieg.



Festliche Stunde im Rathausaal: So sah es aus, als die Stadt Ulm 1946 zurück zur Demokratie fand. Die erste demokratische Gemeinderatswahl nach dem Zweiten Weltkrieg gewann die CDU damals mit 41,4 Prozent. FOTOS (2): STADT ULM

Schauspielerin Kathi Wolf trägt einen Film zum Jubiläum bei und Thomas Strobel befasst sich in seinem Leinwandprojekt mit Zukunftsvisionen der Demokratie: „Post Democracy“. Ein Menschenrechtsbanner wird die Künstlerin Heike Sauer vor dem Münster ausbreiten und zur Debatte auffordern. Eine Performance „Denktagebuch von Hannah Arendt“ plant Marianne Hollenstein.

Wie viel Demokratie steckt in der Fettecke? Das Museum Ulm wählt den Kulturvoluzzer und politischen Künstler Joseph Beuys als Beispiel für gelebte Demokratie. Eine Ausstellung wird zur Expedition in seine politische Denk- und Kunstwelt – sobald das Museum wieder öffnen kann. Titel: „Ein Woodstock der Ideen.“ Auch ein Talk-Format zur Beuys-Ausstellung sei geplant, eines von vielen „Mitmachangeboten im öffentlichen Raum“, erklärt Sebastian Huber von der Kulturabteilung. Bei einem Bürgerforum im Juli am Münsterplatz, live und digi-

tal, gibt es Gelegenheit zum Meinungsaustausch und zur Debatte. Auch die Künstler der „Utopia Toolbox“, die im Sommer 2020 Zukunftswünsche der Ulmer gesammelt haben, sollen mitwirken beim interaktiven Aktionstag „Ulm open! Ulm besucht sich“ im September.

Im Stadthaus heißt der Appell: „Demokratie auslösen: Freiheit!“ Hier haben Kinder und Jugendliche die Chance, ihre persönliche Idee von Demokratie für eine Fotoausstellung in Bilder zu fassen. Zeitraum: September bis Dezember. Viele weitere Angebote richten sich an junge Menschen: In einem Planspiel können Grundschüler einmal selbst Stadtrat spielen und das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg (DZOK) ergänzt das Programm mit Workshops für junge Menschen zum Thema „Hate Speech“ – Hassrede, im Netz oder direkt, ganz ohne Filter. „Das sind zum Beispiel Entwicklungen, die einer Demokratie zu schaffen machen“, sagt Iris Mann. Und so organisieren DZOK, Volks-

hochschule und Stadtarchiv auch gemeinsam Vortragsreihen über Verschwörungstheorien. Aufklärungsarbeit – gegen Mythen wie Chemtrails und Bill-Gates-Chips im Impfstoff. Die „Ulmer Denkanstöße“ sind ein Format für tiefe Gedankengänge. Auch diese Diskussionsreihe soll im März der Demokratie auf den Grund gehen. Wer sich aber ganz historisch mit Ulmer Geschichte befassen möchte, darf auf eine Ausstellung des Stadtarchivs im Haus der Geschichte gespannt sein. Im Fokus: das Ende des NS-Grauens und die konstituierende Sitzung 1946. Das Jahr 2021 prägen zwei Jubiläen, die das Herz der Demokratie betreffen: Ulm ehrt auch die NS-Widerstandskämpferin Sophie Scholl, die vor 100 Jahren in der Donaustadt geboren wurde. Christoph Hantel vom DZOK berichtet, dass Feierlichkeiten geplant sind. Ein Höhepunkt, falls er stattfinden kann: eine Matinee im Theater Ulm am 9. Mai, am Geburtstag der Sophie Scholl, gefolgt von einem Festgottesdienst.

Gedenken an die oft Vergessenen

Arbeitskreis 27. Januar Ulm/Neu-Ulm richtet Blick auf Opfer, die der Nationalsozialismus als „asozial“ verurteilte

Von Dagmar Hub

ULM (sz) - In anderer Form als sonst, aber mit einem bislang wenig erforschten Thema, erinnert der Arbeitskreis 27. Januar Ulm/Neu-Ulm an den Sinn des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus: In einem Livestream ab 20 Uhr stehen in diesem Jahr die in der NS-Zeit als „asozial“ Verfolgten im Mittelpunkt. Erst 2019 wurden sie als NS-Opfer anerkannt, was unter anderem darin begründet ist, dass die mit einem schwarzen Winkel als asoziale gekennzeichneten Häftlinge und die mit einem grünen Winkel gebrandmarkten „Berufsverbrecher“ auf der untersten Stufe der Hierarchie der KZ-Häftlinge standen. Auch von politischen Gefangenen erfuhren sie keine Solidarität und sie wurden in den Jahrzehnten nach Kriegsende nicht als Opfer, sondern als „selbst schuld“ an ihrem Schicksal wahrgenommen.

Deshalb hängt der Stand der Forschung zu jenen Menschen, die mit den schwarzen und grünen Winkeln als arbeitsscheue, die Volksgemeinschaft schädigende Subjekte stigmatisiert wurden, bis heute weit hinter dem Forschungsstand zu anderen NS-Opfern zurück. Oliver Gaida von der HU Berlin wird an dem Abend unter Berücksichtigung der lokalen Situation in Ulm und Neu-Ulm auf die Geschichte der Verfolgung dieser Menschen eingehen. In der von Petra Bergmann moderierten Veranstaltung werden Gaida, Ulms Sozialbürgermeisterin Iris Mann und Karin Ambacher, die Leiterin des Ulmer DRK-Obdachlosenheimes, im Anschluss über die heutige Situation Obdachloser diskutieren.



Das Ulmer Dokumentationszentrum DZOK plant die Gedenkfeier für den 27. Januar. FOTO: KAYA

Die Folgen des Ersten Weltkrieges und die Weltwirtschaftskrise hatten eine Massenarbeitslosigkeit geschaffen, deren soziale Not viele den Weg zur Wohlfahrt (zur Sozialhilfe) suchen ließ. Der Paradigmenwechsel des Jahres 1933 gegenüber sozial Schwachen wird am Beispiel dieser Wohlfahrtsämter – in Ulm wie überall – deutlich: Wo kommunale Fürsorge bis dahin sozial Schwache unterstützte hatte, schrieben im Nationalsozialismus Fürsorgerinnen Gutachten über Langzeitarbeitslose, über Wohnsitzlose und Suchtkranke, deren Namen an die Rathäuser gemeldet wurden und die damit in sogenannte „Arbeitshäuser“ eingeliefert wurden, teilweise über Oberbürgermeister Friedrich Forster selbst, teilweise über seinen Sozialbürgermeister Georg Schwäble.

Für Ulm war dazu das ehemalige Schloss Buttenhausen als „Beschäftigungs- und Bewahranstalt“ zur „Umerziehung Asozialer und Arbeitsscheuer“ eingerichtet worden. Scheiterte die mit physischer und psychischer Gewalt einhergehende

Umerziehung zum nützlichen Mitglied der Volksgemeinschaft, wurden diese Menschen in Konzentrationslagern inhaftiert. Diese Arbeitshäuser waren Spezialgefängnisse zur Unterbringung von Landstreichern, Bettlern und anderen sozial abweichenden Bevölkerungsteilen, sagt der Historiker Ulrich Seemüller vom Arbeitskreis 27. Januar.

Bekannt ist das Schicksal des kommunistisch orientierten Gregor Gog, der unter dem Einfluss des Dichters Gusto Gräser vom Monte Verità zum Vagabunden wurde und der die „Bruderschaft der Vagabunden“ ins Leben rief. Gog war unter anderem im Ulmer Konzentrationslager Oberer Kuhberg inhaftiert. Eugen Grüner wurde vom Ulmer Polizeidirektor Wilhelm Dreher selbst ins KZ Oberer Kuhberg eingeliefert; der Ulmer Albert Bernlör wurde als „Arbeitsscheuer“ ins KZ Buchenwald verschleppt, nachdem seine Umerziehung in Buttenhausen gescheitert war. Wie schnell jemand zum „Berufsverbrecher“ werden konnte, schildert Josef Naßl vom Ul-

mer Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg: Da es verboten war zu betteln, aber viele dazu gezwungen waren, weil es an Nahrungsmitteln und Unterkunft fehlte, führten Bettelrazzien schnell zu einer Unmenge von Vorstrafen – über die der Bettler dann zum „Berufsverbrecher“ abgestempelt wurde.

Freilich gab es in den Konzentrationslagern auch tatsächlich Schwerverbrecher, deren Ruf dafür sorgte, dass die Fälle von KZ-Häftlingen die mit dem „grünen Winkel“ für Berufsverbrecher bis heute nicht schlechter aufgearbeitet sind als die Schicksale anderer Verfolgter des Nationalsozialismus. Ulrich Seemüller sieht eine persönliche Lebenserfahrung Adolf Hitlers – die Jahre von 1910 bis 1913, die Adolf Hitler im Obdachlosenheim lebte, nachdem er das Erbe seiner Mutter schnell verbraucht hatte – als Ursache der Verfolgung sozial Schwacher im Nationalsozialismus. Hitler habe sie nicht sehen wollen, weil er sich dadurch an diese eigene bittere Lebensphase erinnert fühlte.

Im zweiten Teil des Abends wird es in einer Diskussion um die heutige Wahrnehmung von wohnsitzlosen Menschen gehen. Sozialpädagogin Petra Bergmann sind Fragen wichtig wie jene, wie viel Hilfe der Staat einem Obdachlosen zumuten kann und darf, und welche Möglichkeiten der Übernachtung Wohnsitzlose mit Hund oder obdachlose Paare haben.

Teilnahme an der Veranstaltung am Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus ist kostenfrei, die Veranstaltung wird gestreamt über den Youtube-Kanal des DZOK. Mehr dazu im Internet unter www.dzok-ulm.de.

CORONA IN ULM	CORONA IM ALB-DONAU-KREIS
ZAHL DER NEUINFIZIERTEN	ZAHL DER NEUINFIZIERTEN
10	10
GESAMTZAHL	GESAMTZAHL
3178	4925
7-TAGES-QUOTE	7-TAGES-QUOTE
77	125
VERSTORBENE	
159	

Stand: 24. Januar, 15:56 Uhr
Quelle: Dashboard Gesundheitsamt Ulm/ADK

Neuinfektionen nach Gemeinden

Blaubeuren 2, Blaustein 1, Erbach 5, Schelklingen 1, Staig 1, Ulm 10.

Das gilt jetzt im Verkehrsverbund DING

Medizinische Masken werden Pflicht – Busverkehr größtenteils weiter wie an Ferientagen

ULM/REGION (sz) - Nachdem im bayerischen Teil des Verbundgebiets von DING das Tragen einer FFP2-Maske statt einer einfachen „Alltagsmaske“ im Nahverkehr bereits seit 18. Januar verpflichtend ist, gilt ab Montag, 25. Januar, in Baden-Württemberg: In Fahrzeugen und an Haltestellen muss eine „medizinische Maske“ getragen werden. Darunter versteht man neben einer FFP2-Maske auch eine so genannte OP-Maske. Auch der Maskentyp KN95 oder N95 ist zugelassen.

Für Kinder von 6 bis 14 reicht weiter eine einfache Mund-Nase-Bedeckung. Für Kinder unter 6 Jahren gilt die Maskenpflicht nicht.

Für die Rückgabe der Februar-Schülermonatskarten in den Schulsekretariaten gilt unverändert das aufgedruckte späteste Rückgabedatum (28. Januar 2021). Sollte sich aber nach Ablauf dieser Frist herausstellen, dass im Februar doch Unterricht stattfindet, können die Schulsekretariate die bereits zurückgegebenen Fahrkarten wieder herausgeben. Die Möglichkeit der erneuten Ausgabe von fristgemäß zurückgegebenen Schülermonatskarten besteht bis 10. Februar.

In der Woche vom 25. bis 29. Januar wird im Verkehrsverbund DING



„Medizinische Masken“ sind in Fahrzeugen und Haltestellen jetzt Pflicht. FOTO: CHRISTOPH SOEDER, DPA

unverändert weiter nach Ferienfahrplan gefahren. Nur einzelne Linien verkehren nach Schulfahrplan. Alle Infos dazu unter www.ding.eu.

Partygäste springen aus dem Zweiten Stock

13 Personen feiern trotz Corona – Als die Polizei kommt, fliehen zwei Männer aus dem Fenster

WEISSENHORN (sz) - Dramatisch endete eine illegale Party in einem Weissenhörn Ortsteil. Wie die Polizei mitteilt, wählten zwei Männer einen äußerst gefährlichen Fluchtweg. Beide wurden anschließend schwer verletzt in ein Krankenhaus eingeliefert. In der Nacht zum Sonntag haben 13 Personen in einem Mehrparteienhaus in einem Weissenhörn Ortsteil eine Party gefeiert. Anwohner riefen die Polizei wegen Ruhestörung. Als die Polizisten dort eintrafen, sahen sie Disco-Beleuchtung und hörten laute Musik in einer Wohnung im zweiten Stock des Hauses. Beim Betreten der Wohnung zählten die Beamten insgesamt 13 Personen, die entgegen der derzeit geltenden Kontaktbeschränkungen gemeinsam feierten. Alle anwesenden Personen waren sichtlich alkoholisiert, so die Polizei.

Nachdem die Streifenbesatzung auf den Verstoß gegen die „Corona-Regeln“ hingewiesen hatte und die Personalien der Partygäste feststellen wollte, versuchten mehrere Partygäste, aus der Wohnung zu stürmen, ohne

die Anweisungen der Polizeibeamten zu beachten. Eine Gruppe von sieben Personen trat gegenüber der eingesetzten Polizeistreife verbal aggressiv auf und machte deutlich, mit den polizeilichen Maßnahmen nicht einverstanden zu sein. Die Personen hätten sich durchgehend uneinsichtig und unkooperativ gezeigt. Aufgrund der aufgeheizten Stimmung musste durch die Beamten vor Ort Unterstützung gerufen werden, um die Lage unter Kontrolle zu bringen. Als sich die Stimmung wieder beruhigt hatte und die Beamten mit der Identitätsfeststellung aller Personen begannen, wurde sie darauf aufmerksam gemacht, dass zwei Partygäste aus dem Fenster im zweiten Obergeschoss gesprungen sind. Die beiden jungen Männer zogen sich offene Brüche zu und wurden mittelschwer verletzt in die Uniklinik Ulm und das Bundeswehrkrankenhaus Ulm eingeliefert. Gegen alle anwesenden Partygäste wird nun eine Ordnungswidrigkeitenanzeige aufgrund eines Verstoßes gegen das Infektionsschutzgesetz gefertigt.